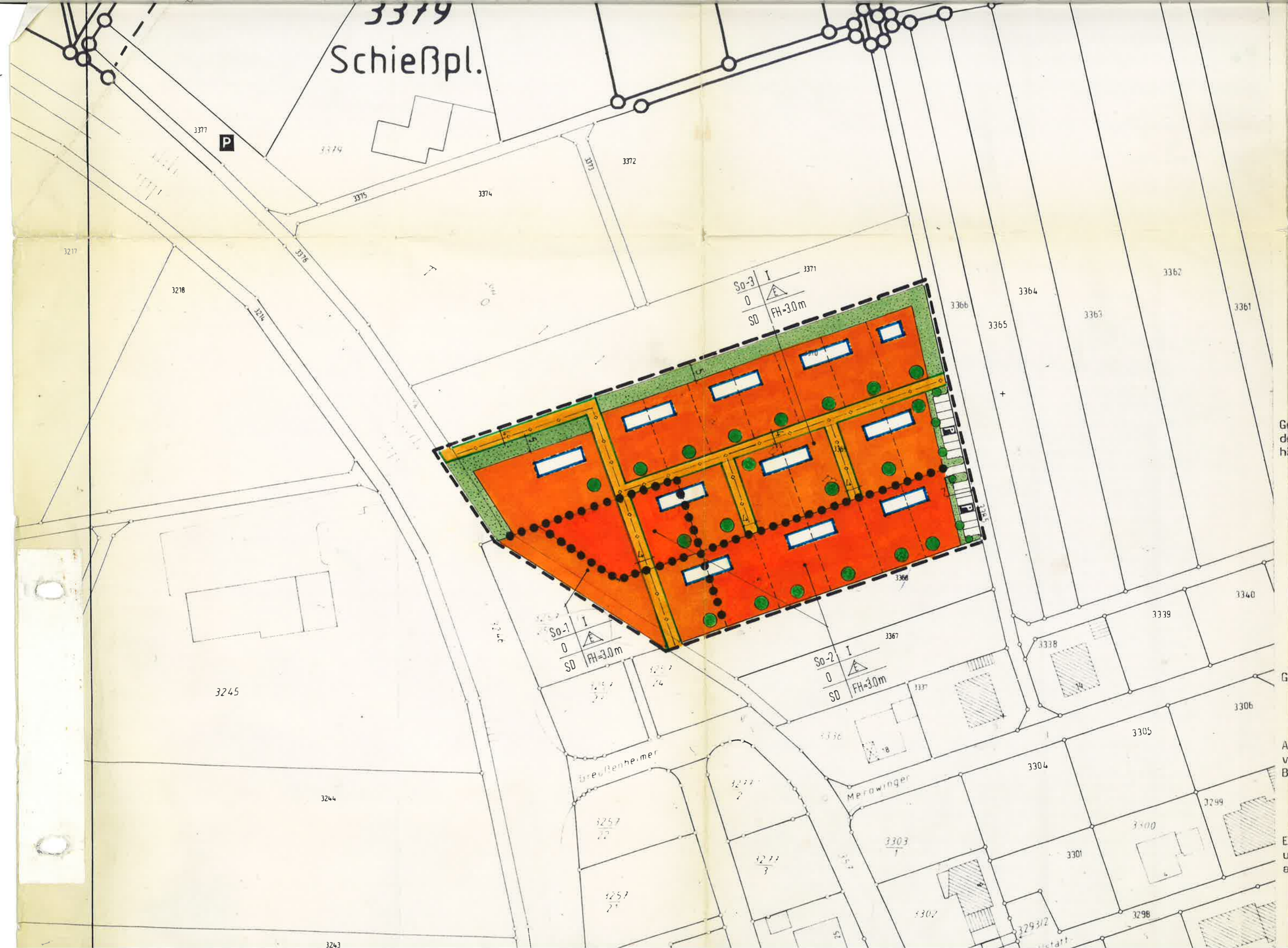


# 3379 Schießpl.



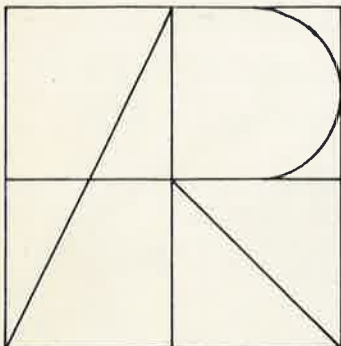
# GEMEINDE HETTSTADT

LANDKREIS WÜRZBURG

BEBAUUNGSPLAN

TOLLBAUM  
M 1:1000












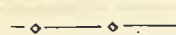

AUFGESTELLT: JANUAR 1993  
GEÄNDERT: FEB. 93  
GEÄNDERT: OKT. 93  
GEÄNDERT NOV. 93



**HANS-PETER RÖSCHERT**  
ARCHITEKTUR BÜRO  
8700 WÜRZBURG  
MOLTKESTR. 5  
TEL. 0931/43474

I. Festsetzungen ( § 9 BauGB und Art. 91 Bay.B0)






A) durch Planzeichen

-  Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches
-  Sondergebiet gem. § 10 BauNVO 1990  
Gartenhausgebiet Tierhaltung unzulässig
-  Sondergebiet gem. § 10 BauNVO 1990  
Gartenhausgebiet Kaninchen in Stallhaltung zulässig
-  Sondergebiet gem. § 10 BauNVO 1990  
Gartenhausgebiet mit Kleintierhaltung, Stallhaltung mit Auslauf ist zwingend, wobei die Tiere nachts, mit Einbruch der Dämmerung, spätestens jedoch um 22.00 Uhr im Stalle zu halten sind. Der Umfang der Tierhaltung darf auf dem jeweiligen Grundstück eine Größe von 0,3 kg Tierleibengewicht/m<sup>2</sup> nicht übersteigen.
-  Öffentliche Grünfläche, siehe auch textl. Festsetzung
-  Anzupflanzende Obstbäume, siehe auch textl. Festsetzung
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Straßenverkehrsflächen, siehe auch textl. Festsetzung
-  Parkplätze
-  Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung ( Art )
-  Baugrenzen 40m<sup>2</sup>/Grundst.
-  Wasserleitung ( Sommerleitung )
- I Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- O offene Bauweise
-  nur Einzelhäuser zulässig
- SD Satteldach
- FH=30m max. zulässige Firsthöhe

B) durch Text

Zulässig ist je Grundstück ein eingeschossiges Gartenhäuschen, nach dem Erscheinungsbild in Holzbauweise mit Satteldach, mit eingebauten Chemikalienabort, ohne Feuerungsanlage, mit einer überbauten Fläche von max. 15 m<sup>2</sup> auf max. 30 cm sichtbarem Einzelfundament. Die Dachneigung darf max. 15° betragen. Vor dem Gartenhäuschen ist ein überdachter Freisitz von 10 m<sup>2</sup> auch außerhalb der Baugrenze zulässig. Die zulässige Firsthöhe beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländelinie. Die Firstrichtung muß parallel oder rechtwinkelig zur Grundstücksgrenze verlaufen. Die Außenflächen der Wände dürfen nur mit einem lasierendem Holzschutzmittel ( farblos oder Brauntöne ) behandelt werden, was die natürliche Maserung des Holzes erhält. Für die Dacheindeckung sind nur Materialien in roter bis rotbrauner

II. Hinweise

- 3369 Flurnummern
-  Bestehende Grundstücksgrenze
-  Vorgeschlagene Grundstücksgrenze
-  Vorhandene Gebäude
-  Maßangabe in Meter
- SO-1 | I Nutzungsschablone
- 0 | 
- SD | FH=30m

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 16.02.93 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluß wurde am 26.04.93 ortsüblich bekanntgemacht. § 2 Abs. 1 BauGB.

3.5.1994 .....  
Datum 1. Bürgermeister

Der Planentwurf vom JAN. 93 in der Fassung vom Nov. 93 hat mit Begründung vom 23.12.93 bis 24.01.94 ... öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB).

3.5.1994 .....  
Datum 1. Bürgermeister/VG-V.

Der Gemeinderat hat am 01.03.94 den Bebauungsplan vom Jan. 93 in der Fassung vom Nov. 93 als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB).

Wasserleitung ( Sommerleitung )

- I Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- 0 offene Bauweise
- △ nur Einzelhäuser zulässig
- SD Satteldach
- FH=30m max. zulässige Firsthöhe

B) durch Text

gestaltung  
er Garten-  
häuser

Zulässig ist je Grundstück ein eingeschossiges Gartenhäuschen, nach dem Erscheinungsbild in Holzbauweise mit Satteldach, mit eingebauten Chemikalienabort, ohne Feuerungsanlage, mit einer überbauten Fläche von max. 15 m<sup>2</sup> auf max. 30 cm sichtbarem Einzelfundament. Die Dachneigung darf max. 15° betragen. Vor dem Gartenhäuschen ist ein überdachter Freisitz von 10 m<sup>2</sup> auch außerhalb der Baugrenze zulässig.

Die zulässige Firsthöhe beträgt 3,00 m über der natürlichen Geländelinie.

Die Firstrichtung muß parallel oder rechtwinkelig zur Grundstücksgrenze verlaufen.

Die Außenflächen der Wände dürfen nur mit einem lasierendem Holzschutzmittel ( farblos oder Brauntöne ) behandelt werden, was die natürliche Maserung des Holzes erhält.

Für die Dacheindeckung sind nur Materialien in roter bis rotbrauner Farbe zulässig.

Fensterflächen sind nur bis zu einer Größe von max. 1/8 der jeweiligen Wandfläche zulässig.

Grundstück

Die Mindestgröße der Grundstücke beträgt 300 m<sup>2</sup>. (Das natürliche Geländeprofil darf nicht verändert werden). Abgrabungen oder Aufschüttungen von max. 80 cm sind für die Errichtung des Gartenhäuschens zulässig.

pflanzen  
on  
äumen

Der Parkplatz ist mit *Pyrus communis* ( Wildbirne ) und *Juglans regia* ( Walnuß ) zu bepflanzen.

Auf jeder Gartenparzelle ist (wie im Bebauungsplan dargestellt) mindestens ein Obstbaum zu pflanzen. Die ausgewiesenen öffentl. Grünflächen sind landschaftsgerecht mit Sträuchern (Vogelnistgehölze) zu gestalten. Nadelgehölze sind nicht zulässig.

Infriedungen  
nd Neben-  
anlagen

Einfriedungen sind am Rand des Gartenhausgebietes als Wildzaun in einer Höhe von max. 2,00 m zulässig. Zur freien Landschaft ist ein Abstand von 0,50 m von der jeweiligen Grundstücksgrenze einzuhalten.

Trennzäune zwischen den einzelnen Gartenparzellen und die Einfriedungen zu den Erschließungsflächen sind sockellos, aus verzinktem oder überzogenem Maschendraht, mit dazu farblich passenden Metallstützen bis zu einer Höhe von max. 2,00 m zulässig.

Nebenanlagen, wie Holzlegen und Grillvorrichtungen sind zulässig bis zu einer max. Fläche von 3 m<sup>2</sup>, insgesamt. Eine Nutzung als Wochenendhaus bzw. Standplatz für Zelte und Wohnwägen ist unzulässig.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 16.02.93 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluß wurde am 26.04.93 ortsüblich bekanntgemacht. § 2 Abs. 1 BauGB.

3.5.1994 .....  
Datum ..... 1. Bürgermeister

Der Planentwurf vom JAN. 93 in der Fassung vom Nov. 93 hat mit Begründung vom 23.12.93 bis 24.01.94 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB)

3.5.1994 .....  
Datum ..... 1. Bürgermeister/VG-V.

Der Gemeinderat hat am 01.03.94 den Bebauungsplan vom Jan. 93 in der Fassung vom Nov. 93 als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB)

3.5.1994 .....  
Datum ..... Bürgermeister

Anzeigevermerk  
( § 11 Abs. 3 BauGB ).

Die Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht.

Würzburg / 30. 6. 1994  
Landratsamt



I. A.  
*(Signature)*  
(Kluore)

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde am 12.7.94 ortsüblich bekanntgemacht. Damit tritt der Bebauungsplan in Kraft (§ 12 BauGB). Auf die Rechtsfolgen wurde hingewiesen (§ 44 und § 214 BauGB).

13.7.1994 .....  
Datum ..... 1. Bürgermeister/VG-V.